

## "Kurbäder"

## Erst die Pflicht, dann die Kur?

von Dr. Ulrich Keilmann



Dr. Ulrich Keilmann leitet die Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften beim Hessischen Rechnungshof in Darmstadt.

Foto: BS/privat

Nicht allorts leistet der Kurbetrieb einen positiven Deckungsbeitrag. Zahlreiche Kurorte haben mit größeren finanziellen Problemen zu kämpfen als vergleichbare Städte und Gemeinden ohne einen solchen Status. Das liegt maßgeblich am sehr heterogenen Leistungsportfolio. So sind z. B. die in Kurorten weit verbreiteten Kurparks sehr pflegeintensiv.

Eine Steuerung des Kurbetriebs sollte aber nicht nur alleine auf das Defizit der Kurleistungen ausgerichtet sein. Wir haben festgestellt, dass auch eine Betrachtung der Kennzahl Ergebnisbeitrag je kurzfristiger Übernachtung zweckdienlich ist. Denn selbst vergleichsweise hohe Aufwendungen können angemessen sein, wenn die Kurleistungen im entsprechenden Umfang genutzt werden. Beispielsweise hatte Bad Wildungen mit sieben Mio. Euro den mit Abstand höchsten absoluten negativen Ergebnisbeitrag im Vergleich. Dieser auf den ersten Blick sehr hohe Wert relativiert sich jedoch durch die Fallzahl der Kurgäste. 2015 hatte Bad Wildungen knapp 1,3 Millionen kurzfristige Übernachtungen. Das Defizit pro Kurgast lag damit unter sechs Euro und war dadurch sogar unterdurchschnittlich.

Genau umgekehrt verhielt es sich in Bad Endbach. Absolut gesehen lag der negative Ergebnisbeitrag dort mit fast 1,5 Mio. Euro zwar nur leicht über dem von uns ermittelten Median. In Bezug auf die Kurgäste hatte Bad Endbach jedoch das mit Abstand höchste Defizit der Kurleistungen. Es betrug über 95 Euro je kurzfristiger Übernachtung und war damit fast 16-mal höher als in Bad Wildungen. Ursächlich

dafür waren die mit 15.475 vergleichsweise sehr niedrigen kurzfristigen Übernachtungen. Gefährdet der Kurbetrieb insgesamt die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommune, müssen Maßnahmen ergriffen werden. Sonst ist nicht nur der Kurbetrieb, sondern letztlich die ganze kommunale Selbstverwaltung vor Ort gefährdet. Einzelne Leistungen sind auf Einsparpotenziale zu überprüfen. Als letztes Mittel ist in Betracht zu ziehen, den Kurortstatus aufzugeben. Werden alternativ Defizite beispielsweise durch die Anhebung des Grundsteuer-B-Hebesatzes ausgeglichen, bezahlt der Bürger vor Ort den Preis der Genesung des Kurgastes.

Gefragt ist in dieser Situation aber ebenso das Land, das die Kurort-Landschaft insgesamt gerade dann überdenken sollte, wenn es wie in Hessen mehr Kurorte als Landkreise gibt. Tendenziell ist es sicherlich sinnvoll, quantitativ weniger Kurorte mit dafür qualitativ besseren Kurleistungen zu haben. Ein landeseigener Kurort-Bedarfsplan sowie die Konzentration der Landesförderung auf weniger Kommunen könnten dazu einen Beitrag leisten.

Lesen Sie mehr zum Thema "Kurorte" im Kommunalbericht 2017, Hessischer Landtag, Drucksache 19/5336 vom 28. November 2017, S. 200 ff.

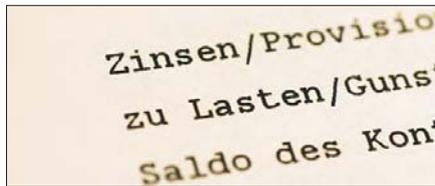
(BS/lkm) Die Stadt Neuss ist in der komfortablen Situation, mehr Geld zu haben, als sie ausgeben kann. Der Nachbargemeinde Grevenbroich geht es nicht so gut. Da Neuss für das "Parken" seines Vermögens bei der Sparkasse seit Oktober 2017 ein Verwahrentgelt von 0,45 Prozent zahlen muss, kam man hier auf die Idee, mit dem Geld dem finanziell weniger gut gestellten Grevenbroich unter die Arme zu greifen und dabei auch noch zu sparen.

"Mich wundert es, dass in noch keiner anderen Stadt jemand auf die Idee gekommen ist. Für mich ist diese Lösung naheliegend", so Frank Gensler, Kämmerer der nordrhein-westfälischen Stadt Neuss, gegenüber unserer Zeitung.

Konkret geht es um eine Darlehensgewährung in Höhe von 30 Millionen Euro auf Basis einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit Grevenbroich. Es handelt sich dabei aber nicht um ein zinsloses Darlehen. Neuss zahlt dafür 0,2 Prozent Zinsen an Grevenbroich. "Das ist angesichts der aktuellen Liquiditätslage im Markt nichts Ungewöhnliches", erklärt Gensler. Damit man in Neuss bei dem Darlehensgeschäft auf der

## Monetäre Nachbarschaftshilfe

BaFin prüft kommunalen Geldverleih



Um bei der Sparkasse das Verwahrentgelt in Höhe von 0,45 Prozent zu vermeiden, will man in Neuss das Geld lieber der Nachbargemeinde Grevenbroich überlassen.

Foto: BS/Markus Hein, pixelio.de

sicheren Seite ist, hat man sich an die BaFin gewandt und dort um Feststellung der Erlaubnisfreiheit des Darlehensgeschäfts gebeten. Aktuell steht die Stellungnahme der BaFin noch aus. "Die Aufsicht hat noch kei-

ne Tendenz erkennen lassen", so Gensler zu einer möglichen Entscheidung.

Bevor man auf die Idee mit Grevenbroich kam, hat die Neusser Verwaltung in den vergangenen Monaten verschiedene Möglich-

keiten geprüft, um die Negativverzinsung des städtischen Liquiditätssaldos zu verringern. Unter anderem wurde Kontakt zu verschiedenen Banken im gesamten Bundesgebiet aufgenommen, um dort Anlagemöglichkeiten zu prüfen. Ein Großteil der Banken habe jedoch entweder kein Angebot abgegeben oder ein Angebot unterbreitet, das nicht wesentlich von den Konditionen der Sparkasse Neuss abwich. Lediglich eine Bank signalisierte Bereitschaft zu einer Geldanlage zu 0,00 Prozent. Da man jedoch keine konkrete, umfängliche Aussage zur Absicherung dieser Geldanlage machen konnte, wurde von einer Anlage bei dieser Bank abgesehen.

## Sparkassen im Niedrigzinsumfeld

Mehr Stabilität durch mehr Provision

(BS/Dr. Matthias Köhler\*) Vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds stellt sich Banken die Frage, ob sie den Rückgang des Zinsüberschusses durch den Ausbau des Provisionsgeschäfts ausgleichen und dadurch ihre Profitabilität erhöhen können. Eine aktuelle Studie der Deutschen Bundesbank untersucht diese Frage mithilfe von anonymisierten Daten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) zum Provisionsgeschäft von 416 Sparkassen in den Jahren von 2002 bis 2013.

Die deutschen Banken und Sparkassen sehen sich seit Langem einem Rückgang der Zinsspanne gegenüber. Die Zinsspanne entspricht der Differenz zwischen den Kreditzinsen, die Kreditnehmer an die Bank zahlen, und den Einlagenzinsen, die Banken an ihre Kunden zahlen. In den vergangenen Jahren ist die Zinsspanne wegen des Niedrigzinsumfelds weiter gesunken, weil Banken und Sparkassen bisher darauf verzichteten, von ihren Einlegern Negativzinsen zu ver-

langen, um den Rückgang der Kreditzinsen auszugleichen. Von dieser Nullzinsstrategie sind vor allem Sparkassen und Genossenschaftsbanken betroffen, weil diese stark im Einlagengeschäft tätig sind. Seitens der Bankenaufsicht ist der Rückgang der Zinsspanne bedenklich, da die Institute erforderliches Eigenkapital dann vorwiegend durch einbehaltene Gewinne aufbauen.

Um den Rückgang des Zinsüberschusses auszugleichen, planen viele Sparkassen, ihre Provisionseinnahmen in den kommenden Jahren zu erhöhen (siehe hierzu auch die Präsentation der Deutschen Bundesbank zur Vorstellung der Ergebnisse der Niedrigzinsumfrage am 30.08.2017). Derzeit erzielen die Sparkassen mehr als die Hälfte ihrer Provisionseinnahmen im Zahlungsverkehr. Dazu zählen auch die Kontoführungsgebühren. Andere Provisionen, etwa aus dem Wertpapiergeschäft oder aus der Vermittlung von Versicherungen und Bausparverträgen, spielen für die Sparkassen eine deutlich geringere Rolle.

Wenn man untersucht, ob die

Sparkassen durch den Ausbau des Provisionsgeschäfts profitabler werden, ist darauf zu achten, wie die Banken ihre Provisionseinnahmen erzielen. So verspricht der Ausbau des Zahlungsverkehrsgeschäfts zwar zusätzliche und zugleich stabile Einnahmen, weil z. B. die Kontoführungsgebühren nur selten geändert werden. Allerdings ist das Zahlungsverkehrsgeschäft stark mit dem Kredit- und Einlagengeschäft der Banken verknüpft. Deutlich geringer ist der Zusammenhang hingegen zwischen den Zins- und Provisionseinnahmen aus dem Wertpapiergeschäft, da letztere für gewöhnlich stark an den Verlauf der Aktienkurse gekoppelt sind: Bei steigenden Kursen werden tendenziell mehr und häufiger Wertpapiere gehandelt als bei fallenden Kursen. Allerdings sind die Provisionseinnahmen aus dem Wertpapiergeschäft deshalb deutlich volatil als die Einnahmen aus dem Zahlungsverkehr.

Die Ergebnisse der Studie lassen vermuten, dass Sparkassen mit einem höheren Anteil an Provisionseinkommen, vor-

allem aus dem Zahlungsverkehr- und dem Wertpapiergeschäft, ihre Profitabilität erhöhen können. Dies gilt auch, wenn man berücksichtigt, dass die Provisionseinnahmen aus dem Wertpapiergeschäft volatiler sind. Sparkassen mit einem höheren Anteil an Einnahmen aus dem Wertpapiergeschäft scheinen zugleich stabiler zu sein. Dies legt nahe, dass Sparkassen durch das Wertpapiergeschäft ihre Einnahmen nicht nur erhöhen, sondern auch ihre Erträge besser streuen und ihre Abhängigkeit vom Zinseinkommen verringern können.

\*Dr. Matthias Köhler ist Analyst und Researcher der Deutschen Bundesbank.

Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank: "An analysis of non-traditional activities at German savings banks - Does the type of fee and commission income matter?". Die Diskussionspapiere der Deutschen Bundesbank spiegeln die persönliche Auffassung der Autoren und nicht notwendigerweise die der Deutschen Bundesbank wider.

## Banken erwarten Zinswende vor 2020

Kommunal-Barometer 2018

(BS/lkm) Laut dem "Kommunal-Barometer 2018" sind rund 44 Prozent der Kommunen und kommunalen Unternehmen in Deutschland gut auf steigende Zinsen vorbereitet. Sie haben sich entweder die niedrigen Zinsen langfristig gesichert, alternative Finanzierungsformen etabliert oder die gute Konjunktur der vergangenen Jahre zum Schuldenabbau genutzt.

"Im Umkehrschluss sind also mehr als die Hälfte der Kommunen und kommunalen Unter-

nehmen nicht oder nur bedingt auf die Zinswende vorbereitet", sagt CommNeX-Geschäftsführer Friedrich v. Jagow. Das Unternehmen hat die Studie in Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt durchgeführt. Für die Studie wurden rund 140 Experten aus Kommunen, kommunalen Unternehmen und Finanzinstituten befragt.

"In diese attraktive Lücke werden die Banken sofort hineinstoßen. Laut unserer Studie wird fast jede zweite Bank oder Sparkasse parallel zur nächsten Zinserhöhung das eigene Engagement im Bereich der Kommunalfinanzierung spürbar oder sogar stark nach oben fahren. Der Markt ist attraktiv und diese Attraktivität wird weiter

steigen." Dass viele Kommunen dennoch nicht richtig auf die Folgen der Zinswende vorbereitet sind, hat offenbar auch damit zu tun, dass 62 Prozent von ihnen erst ab 2020 mit einer Erhöhung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank rechnen. "Die Kommunen könnten sich hier allerdings in trügerischer Sicherheit wiegen", befürchtet Carl v. Halem, ebenfalls Geschäftsführer von CommNeX. "Denn bei den befragten Finanzinstituten erwartet eine knappe Mehrheit, dass die EZB schon im nächsten Jahr handeln wird."

Der kommunale Kreditmarkt hat in Deutschland inklusive der Kommunalunternehmen ein jährliches Volumen von rund 290 Milliarden Euro.

## Barzahlung offener Forderungen im Einzelhandel

- ✓ rd. 10.000 Akzeptanzstellen in ganz Deutschland
- ✓ Zahlungseingänge erhöhen und beschleunigen
- ✓ Mahnprozesse digitalisieren, Außenstände reduzieren
- ✓ Keine personenbezogenen Daten, bürgerfreundlich, für jeden verfügbar
- ✓ Nutzbar auch bei unzureichender Bonität oder gepfändetem Konto

1. Schuldner erhalten mit Ihrem Bescheid einen individuellen Barcode
2. Dieser wird in einer Partnerfiliale gescannt, z. B. bei REWE, Penny oder dm
3. Die Forderung wird bezahlt und Sie automatisch über den Zahlungseingang informiert

[www.barzahlen.de](http://www.barzahlen.de)

Cash Payment Solutions GmbH  
Wallstr. 14a | 10179 Berlin

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-8664422

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachmehrfach Finanzvermittlung  
Post-Box 100, 91032 Nürnberg

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Günstigste Kredite für Sparförderer
- Umschuldung: Raten bis 30% senken
- Bauaufzahlungen echt günstig

0800-1000 500

Free Call

Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit

2,77%

effektiver Jahreszins  
5.000 € bis 50.000 €  
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach 666 Pfand: 20.000 €, 12x 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, Teiler Sollzinsen 2,74% p.a., Rate 441 €, Gesamtkosten 21.137,19 €

[www.Autokredit.center](http://www.Autokredit.center)

Sparkassen Darlehen / Beamter / Angestellte 6.000 € - 40.000 €

Günstige Darlehen resp. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,77%, 12x 7 Jahre, mit Rate 528,50 € eff. Jahreszins 2,77%

Darlehensbetrag 44.397,65 €, Sicherheit: Kfz-Grunderwerbbesitz, keine Ablösung, nur keine Gesamtschuldung, Vervielfachung z.B. Mitbewohnung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mietschuld etc., Variable: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Latenzen, Raten- oder Restschuldversicherung.

Kfz-Prüfungstermin: 03.01.2018

Tel. 0921 173102-0

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)